



# ROTE FAHNE

Freundeskreis der KPD Hannover

WOCHENZEITUNG

## Schluß mit der Kriminalisierung von AKW-Gegnern!

### Kundgebung am 19.11 in Hameln

EINSTELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN

ARBEITER und WERKTÄTIGE!

AKW-Gegner, Freunde und Genossen!

Mit dem Prozess gegen Linda Engelbrecht aus Bremen am 22.11. in Hameln beginnen die Grohnde-Prozesse und damit ein weiterer Versuch der Klassenjustiz und des Staatsapparates AKW-Gegner als "Kriminelle" abzustempeln. Gegen weitere AKW-Gegner wird vor der Großen Strafkammer in Hannover in den nächsten Wochen das Verfahren eröffnet.

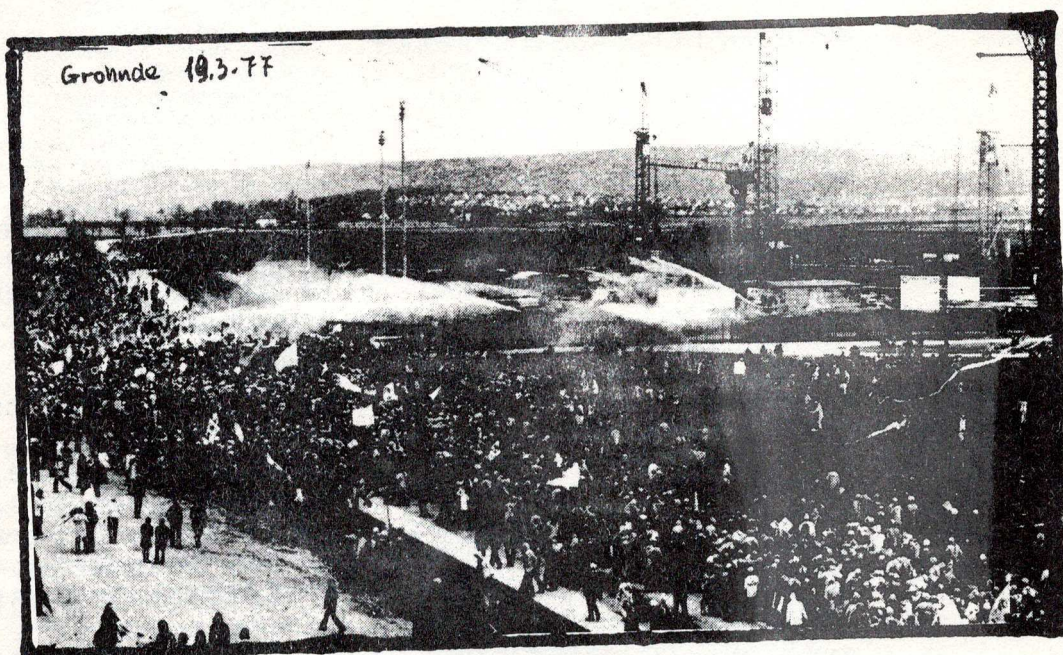
Wir erklären unsere Solidarität mit allen Angeklagten, die stellvertretend für den gerechten Kampf gegen das mörderische Atomprogramm der Bundesregierung verurteilt werden sollen. Diese politischen Prozesse gegen AKW-Gegner sind Bestandteil der Durchsetzung des Atomprogramms, denn damit soll der Widerstand der Volksbewegung gegen das Atomprogramm kriminalisiert, eingeschüchtert und gespalten werden. Die Klassenjustiz soll jetzt das durchsetzen, was Albrecht nach der Grohnde-Demonstration ankündigte:...."die Verhafteten der gerechten Strafe zuführen", denn, so Albrecht am 21.3. in der FR:"Jeder der dabei auch nur als Kulisse dient, ist ein Komplize der Gewalttäter". Kriminell soll es also sein, wenn wie in Grohnde AKW-Gegner sich entschlossen das Demonstrationsrecht erkämpfen und den Zaun unter Mitwirkung Tausender trotz des Polizeiterrors beiseite schaffen. Kulisse sind aber auch die, die nach der Demonstration das brutale Vorgehen der Polizei öffentlich angegriffen haben, wie z.B. einzelne Pastoren. Aber nicht nur für Albrecht und die AKW-Industrie waren in Grohnde nur "Politrocker", sondern auch für die Revisionisten der D"K"P. So meldet die UZ(Zeitung der D"K"P) am 23.3. am 23.3.: "Haben Polizei und der Verfassungsschutz den Sturm vor allem maoistischer Kernkraftwerksgegner auf das geplante KKW in Grohnde "angeheizt" oder gar geleitet?" Wenn es ihnen schon nicht gelingt die Breite der Massenbewegung gegen das Atomprogramm herunterzulügen, dann müssen solche Artikel herhalten, um die Bewegung und den entschiedenen Kampf zu verunglimpfen. Die D"K"P tritt nicht nur ein für AKWs, ob hier oder im anderen Teil unseres Landes, der DDR, wenn sie nur "mitbestimmt" sind, sondern versucht auch den Widerstand auf die Bahn zu zerren, die der Regierung genehm ist: auf das Vertrauen in die Gerichte, Gewerkschaftsführer und bürgerliche Parteien, vor allem der SPD-Führung.

Jetzt soll denjenigen, die durch den brutalen Polizeieinsatz in Grohnde willkürlich herausgegriffen wurden, der Prozess gemacht werden. Doch damit nicht genug. Nach dem Vorbild Brokdorf ist geplant, daß die Angeklagten die Kosten des Polizeieinsatzes bezahlen sollen. In Brokdorf waren das über 100 000 DM, in Grohnde über 2 Millionen DM. In welche Richtung diese Maßnahme geht, womit die Wahrnehmung eines Grundlegenden demokratischen Rechts, die Demonstrationsfreiheit, beschnitten wird, wird deut-



lich wenn wir uns vor Augen führen, daß hiermit die Möglichkeit geschaffen ist, streikende Arbeiter für den entstandenen Produktionsausfall haftbar zu machen. Und wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß unter dem Hitlerfaschismus die Häftlinge (ob Kommunisten, Sozialdemokraten oder Juden etc) ihren Abtransport durch die Gestapo ins Gefängnis oder KZ selber bezahlen mußten (bzw. ihre nächsten Verwandten).

Der Widerstand der Anti-AKW-Bewegung ist gerecht. Er richtet sich gegen die Bedrohung unserer gesamten Existenzbedingungen auf Kosten der Profite der Monopolbourgeoisie in unserem Land. Alle bisherigen Erfahrungen und gerade auch die gegenwärtigen Beschlüsse der Parteitage von FDP und SPD sowie der Gewerkschaftsführer zeigen: nicht "Bürgerdialog", Gerichte Unterschriftenlisten oder Eingaben führen zum Erfolg, sondern nur der entschiedene Kampf. 14 000 Unterschriften im Weserbergland konnten den Bau des AKW-Grohnde nicht verhindern, "friedliche" Demonstrationen wie die "Blümchen Aktion" am 19.2. konnten nichts erreichen. Aber die erfolgreiche Besetzung des Bauplatzes durch die Bevölkerung des Kaiserstuhls verhinderte den Bau des AKW in Wyhl. Die Besetzung des Kühlturmgebietes in Grohnde, die kämpferischen und massenhaften Demonstrationen in Brok-



Über 15000  
AKW-Gegner  
demonstrieren  
am 14.3.77  
gegen AKW-  
Grohnde.  
Über 50 Bürger-  
initiativen hatten  
dazu aufgerufen.

dorf und Grohnde - sie führten zu ersten Erfolgen. Ohne sie wäre ein vorläufiger Baustop nicht durch die Gerichte entschieden worden. Wyhl wurde so Vorbild für die Anti-AKW-Bewegung und dieser Erfolg verbreiterte sich. Seit dieser Zeit ist die Bauplatzbesetzung als gerechte und notwendige Widerstandsaktion gegen das mörderische Atomprogramm der Schmidt-Regierung in der ANTI-AKW-Bewegung anerkannt und findet überall breiteste Zustimmung. Denn: WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

Regierung und AKW-Betreiber setzen den Bau immer weiterer AKWs und jetzt vor allem den Bau der Wiederaufbereitungsanlage durch. Ihr ganze Apparat, Polizei, BGS und gleichgeschaltete Presse werden eingesetzt, um gewaltsam den Widerstand zu zerschlagen. Dagegen ist es das legitime Mittel der Massen, mit Bauplatzbesetzungen zu antworten. Nicht die Anti-AKW-Bewegung ist gewalttätig, sondern diejenigen die ihre Profitinteressen gegen den Widerstand der Volksmassen durchsetzen wollen. Die Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung zeigen, daß die Beschränkung des Widerstandes auf die Mittel die der Klassenstaat zulässt, d.h. auf die Mittel, die Regierung und AKW-Betreiber zulassen, nicht zum Erfolg führen. Der legalen Gewaltmaschine des Staatsapparates muß die legitime Gewalt der Volksmassen entgegengesetzt werden.

Die Klassenjustiz, die jetzt die AKW-Gegner verurteilen soll, wird im "Namen des Volkes" den gerechten Widerstand gegen den Bau von AKWs zu "Unrecht" stempeln und kriminalisieren. Sie spricht aber nicht im "Namen des Volkes", sondern im Namen der "legalen Gewaltmaschinerie des Staatsapparates".



rates! Gegen die kriminalisierung von AKW-Gegnern durch die Klassenjustiz fordern wir: EINSTELLUNG ALLER STRAF UND ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN AKW-GEGER und halten wir fest am gerechten Volkswiderstand gegen das mörderische Atomprogramm der Schmidt-Regierung!

# Heraus zur Protestkundgebung

Sonnabend den 19.11.

in Hameln, Rathausplatz 14:00 Uhr

Unter der Vorwand der "Terroristenbekämpfung" kramt die Bourgeoisie gegenwärtig in aller Eile schon lange vorbereitete Gesetze aus der Schublade die zum Ziel haben, jeglichen Volkswiderstand im Keim zu zerschlagen. Die Demonstrationsfreiheit wird eingeschränkt, der gezielte Todesschuß soll durchgesetzt werden, der Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten gegen Menschenansammlungen, die Verteidigerrechte werden weiter abgebaut. Teil dessen ist das faschistische Kontaktsperregesetz. Im Zuge dieser reaktionären Hetze, will der CDU-Vorstand das Verbot kommunistischer Organisationen von KBW, KPD, KPD/ML und KB durchsetzen. Diese Maßnahmen zeigen, wie auch die Flut von Prozessen gegen AKW-Gegner, die Polizeistaatmethoden anlässlich der Demonstration in Kalkar, die faschistische Gefahr wächst. Die BRD-Monopolbourgeoisie kann ihre reaktionären Profitinteressen nur durchsetzen, wenn sie ein Klima der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung, Friedhofsruhe, durchsetzt. Der Kampf gegen das Atomprogramm wird nur dann zum Erfolg führen, wenn er sich gleichzeitig gegen die Maßnahmen des Abbaus demokratischer Rechte wendet und um deren Erweiterung kämpft. Ohne die Erkämpfung der elementarsten demokratischen Freiheiten, ist es nicht möglich den Angriffen der Bourgeoisie entgegenzutreten.

"DAS DU DICH WEHREN MUSST, WENN DU NICHT UNTERGEHEN WILLST, DAS WIRST DU DOCH VERSTEHEN" ( B. Brecht ) Deshalb schließen wir uns zusammen in einer breiten Aktionseinheit von Demokraten, AKW-Gegnern, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten, um der reaktionären Flut entgegenzutreten und gemeinsame eine politische Offensive dagegen zu starten.

WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG!

- EINSTELLUNG ALLER STRAF UND ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN AKW-GEGER!
- SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN VON POLIZEI UND BGS!
- KEIN AKW IN GROHNDE AUCH NICHT ANDERSWO! KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE!
- KEIN AKW IN MAGDEBURG, GREIFSWALD ODER ANDERSWO!
- SOLIDARITÄT MIT DEN ANGEKLAGTEN IN DEN GROHNDE-PROZESSEN!





# PROZESS 22.11., 11.30 Uhr

## AMTSGERICHT HAMELN

Ich bin mit der Bremer Bürgerinitiative (BBA) zu der Demo am 19.3. gefahren, um dort praktisch den Bau des AKW Grohnde zu verhindern. Wie die anderen Angeklagten auch, wurde ich am Ende der Demonstration festgenommen, als Panik vor den anrückenden Bullenketten entstand und kein geordneter Rückzug möglich war. Bei einem Pferdeangriff wurde ich überritten, danach von einem Bullen zusammengeslagen und festgenommen. Als Festnahmegrund wurde später Körperverletzung gegen zwei Polizeibeamte angegeben, die ich getreten haben soll, deren Namen aber nicht zu ermitteln sind.

Am 2. Juli erhielt ich eine Anklage wegen Landfriedensbruch, die das gleiche Strickmuster aufweist wie die übrigen Anklagen auch. Der größte Teil besteht darin, ein einseitiges Bild von der Demo zu zeichnen, in dem es nur friedliche Bullen und gewalttätige Demonstranten gibt. Der Pferdeangriff und die Einsätze von Chemical Mace, Eisenstangen usw. werden mit keinem Wort erwähnt. Zu den konkreten Anschuldigungen haben sich dann zwei Bullenzeugen gefunden, die dazu im Sinne der Betreiber aussagen, und zwei weitere, die die Demo im allgemeinen beschreiben.

An den Anklagen selber kann man schon sehen, daß angeblich begangene Straftaten nur ein Aufhänger sind, um die gesamte Demo zu verurteilen und damit unseren aktiven Widerstand zu brechen.

Es ist erst der Termin zu meinem Prozess bekanntgegeben worden, der am 22.11.77 um 11.30 Uhr im Amtsgericht Hameln stattfinden wird. Die Verhandlung findet vor dem Jugendschöffengericht statt, was nicht bedeutet, daß ich auch nach Jugendrecht verurteilt werde, da ich zum Zeitpunkt der Demo 20 Jahre alt war. Es ist vorauszu sehen, daß innerhalb der Angeklagten noch eine Aufsplitterung erfolgen soll, z.B. daß mir als Frau und "Heranwachsende" ein bewußtes politisches Handeln abgesprochen wird und sogar ein geringeres Urteil gefällt wird, während dann andere als die "wahren Kriminellen" besonders hart bestraft werden. Gerade für mich ist es also wichtig, eine gemeinsame offensive Prozeßführung mit den anderen Angeklagten zu verfolgen, um damit einer Abisolierung entgegenzuwirken.

## LINDA E.

Kommt zu dem Prozess gegen Linda E aus Bremen. Stellen wir eine breite Öffentlichkeit her um zu verhindern das AKW-Gegner verurteilt werden, um zu verhindern, das im Gerichtssaal nur AKW-Betreiber, Spitzel und Polizei sitzen um einen "ordnungsgemäßen" Prozess "zu gewährleisten".



Alle Spaltungsmanöver der Revisionisten und der BBU scheiterten und trotz Verbot zogen 50 000 AKW-Gegner bis zum Bauplatz.



„Großkundgebung“ der DGB-Führer am 10. November in Dortmund

# DGB-Führung fest an der Seite der Energiemonopole

Am 10. November soll im Westfalenstadion in Dortmund eine Großkundgebung: „Gesicherte Energieversorgung für die Zukunft“ stattfinden, Veranstalter ist der VEW-Gesamtbetriebsrat, 5 DGB-Gewerkschaftsführungen haben die Kundgebung vorbereitet. Vetter, Loderer, Kluncker, Schmidt und Sperner werden im Dienst der Energiemonopole ihre Reden schwingen. Diese Großkundgebung des DGB ist ein Höhepunkt der reaktionären Mobilisierung gegen die Atomkraftwerksgegner, ist ein Höhepunkt in der Lügenhetze, Kernenergie schaffe Arbeitsplätze.



Demonstration gegen das Atomkraftwerk im Biblis im Juli 1977. (ROTE-FAHNE-Foto)

Nachdem der DGB-Vorstand im April 77 die „Stellungnahme zur Energiepolitik“ veröffentlicht hatte, waren die Weichen für eine konzertierte Aktion besonderer Art, nämlich der gemeinsamen Propagierung von Atomkraftwerken durch DGB-Führung und Atomindustrie, gestellt. Im DGB-Vorstandsbeschluss heißt es: „Die deutschen Gewerkschaften haben sich bisher – auch auf der Grundlage der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 13. Mai 1976 und in weitgehender Übereinstimmung mit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 16. Dezember 1976 – positiv zur Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke geäußert.“

Im Zuge dieser grundsätzlichen und vorbehaltlosen Zustimmung zu Atomkraftwerken wird das Gespenst der Dauerarbeitslosigkeit an die Wand gemalt; Beweise für die demagogische Behauptung „Ohne Kernenergie keine Vollbeschäftigung“ bleibt der DGB-Vorstand allerdings schuldig. Angesichts von 31 Millionen Tonnen Kohle auf Halde, von Kohlekraftwerken, die nur mit halber Kapazität gefahren werden (also offensichtlicher Energieverschleuderung)

und angesichts von über 1 Million Arbeitslosen und Hunderttausenden Kurzarbeitern kann der Beweis auch nicht angetreten werden. Das ganze Geschwätz von „Energiesicherung“ und „Arbeitsplatzsicherung“ entlarvt sich als das, was es ist: Reklame für die Profitinteressen von KWU, Siemens, VEW und RWE, und wie die Energiekonzerne sonst noch heißen.

Mehrere Führungen von Einzelgewerkschaften und reaktionäre Betriebsräte haben in den letzten Monaten intensiv versucht, die Arbeiter auf die Unterstützung der Profitinteressen „ihrer“ Kapitalisten einzuschwören.

Hierzu einige Beispiele:

1. Bereits in der Vergangenheit standen besonders Schmidt und seine Kumpäne von der IGBE-Führung an vorderster Front, wenn es darum ging, die Interessen der Kohle- und Stahlkapitalisten an der Ruhr gegen die Kumpel durchzusetzen.

Im Zuge der Gründung der Ruhrkohle AG verloren 250 000 Kumpel ihren Arbeitsplatz, seit der Existenz der RAG wurde die Schichtleistung pro Mann systematisch in die Höhe getrieben, immer wieder gab es

Kurzarbeit, weitere Kumpel sollen entlassen werden, Zechen sollen zumachen – all dies fand und findet eifrige Verfechter in der IGBE-Führung. Und dieselben Leute heucheln jetzt auf einmal ihre „Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze“, wenn es um den Bau der Atomkraftwerke geht.

War die IGBE-Führung schon in der Vergangenheit einer der schärfsten Einpeitscher und Hetzer gegen die entschiedenen Gegner des mörderischen Atomprogramms, so hat sie sich jetzt im Oktober besonders reaktionäre und arbeiterfeindliche Maßnahmen einfallen lassen. Sie führte mit allerlei hinterhältigen Tricks unter den IGBE-Mitgliedern eine Unterschriftensammlung für den Bau von Kohlekraftwerken durch. Der Text dazu hatte z. B. in Dortmund und Umgebung folgenden Wortlaut:

„Ich unterschreibe, daß ich für den Bau von Kohlekraftwerken bin, um die Arbeitsplätze im Bergbau zu sichern. Ich unterstütze deshalb mit meiner Unterschrift alle Bestrebungen, die es möglich machen, Kohlekraftwerke im Rahmen der allgemeingültigen Umweltschutzvorschriften, u. a. auch in den Dortmunder Rieselfeldern Datteln/Waltrop und Castrop-Rauxel zu errichten und zu erweitern.“

Im Dortmunder Raum unterschrieben 40 000 Menschen.

Im Flugblatt der KPD in NRW heißt es dazu:

„Was steckt hinter dem Projekt in den Dortmunder Rieselfeldern? Laut Landesentwicklungsplan VI ist dieses Projekt ein Verbundsystem von Kohle- und Kernkraftwerken, was wohlweislich von der IGBE-Führung im Unterschriftentext verschwiegen wird. Von den 5900 MW Energieleistung, die dieses Energiezentrum erbringen soll, sollen allein 3000 MW Stromerzeugung durch Kernreaktoren erbracht werden. Im Rahmen dieses Energiezentrums soll auch ein Kohlevergasungsprojekt durchgeführt werden. Für die Kohlevergasung soll Kernenergie verwandt werden. Aber der Witz beim System der Kohlevergasung ist gerade, daß dort auch minderwertige Kohle und Braunkohle zum Einsatz kommen könnten! So ist die Unterschriftensammlung ein ganz mieser Betrug der IGBE-Führung, die die Kumpel in ihrer Sorge um die Arbeitsplätze von den wirklichen Gegnern, den RAG-Kapitalisten, auf vermeintliche Gegner, die AKW-Gegner, ablenken soll. Überall, wo wir mit Kumpeln über die Unterschriftensammlung sprachen, waren sie erstaunt und empört über die Information, daß sie mit der Zustimmung zum Projekt Datteln/Waltrop für das Verbundsystem Kohle/Kernkraft gestimmt hatten. Das wußten sie nicht. Die IGBE-Führung hatte es wohlweislich verschwiegen. Meist wurde von den Betriebsräten nur gesagt: ‚Komm, unterschreib mal für sichere Arbeitsplätze!‘ Dafür war selbstverständlich jeder Kollege. Mehrere Lehrlinge einer Berufsschulklassen für Bergarbeiter in Dortmund zogen ihre Unterschrift zurück, als sie erfuhren, was sie da unterschrieben hatten. Viele Kumpel sagten: ‚Hätten wir das gewußt, dann hätten wir nicht unterschrieben!‘ ‚Wir sind nicht für Atomkraftwerke – die sollen die heimische Kohle nutzen, davon gibt es genug!‘“



2. Der Betriebsrat von „Interatom“ organisierte am 29. September in Bonn eine „Protestdemonstration“ mit dem Titel „Ja zur Kernenergie“ (!). In der Kernforschungsanlage stellte die Geschäftsleitung dazu Busse bereit und gab arbeitsfrei. Eine Woche vorher auf einer Betriebsversammlung hatte sie schon allen gedroht, die sich an der Demonstration gegen den „Schnellen Brüter“ in Kalkar beteiligen wollten. Bekurts (Vorstand der KFA-Jülich) drohte allen Beschäftigten, die einen Aufkleber „Atomkraft? – Nein danke!“ an ihrem Auto haben (und das sind schon ziemlich viele), sie sollten „ihr Arbeitsverhältnis mit der KFA überprüfen“. Die Mitteilung des KFA-Vorstandes zur Bonner Demonstration hatte folgenden Wortlaut:

„Am Donnerstag, dem 29. September 1977, findet in Bonn eine Demonstration und Kundgebung für sichere Energieversorgung durch Kohle und Kernenergie (Treffpunkt: 14 Uhr in Bonn, Wachsbleiche) statt. Alle Arbeitnehmer, die diese Ziele unterstützen, sind von dem Veranstalter, dem Betriebsrat der Firma Interatom GmbH, aufgerufen worden, in der Kundgebung öffentlich für ihre Überzeugung einzutreten. Neben den Führern der Gewerkschaften sind prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eingeladen. Der Vorstand hält die Zielsetzung dieser Veranstaltung im Sinne der Aufgabenstellung der KFA, Kernforschung und kerntechnische Entwicklung zu betreiben, für wichtig. Es ist auch unser Anliegen und unsere Aufgabe, dazu beizutragen, den stetigen Ausbau der Energieversorgung im volkswirtschaftlich erforderlichen Umfang sicherzustellen. Daher wird anheimgestellt, an der Veranstaltung in Bonn teilzunehmen. (...)“

Aus der KFA fuhren trotz Drohung nur 80 Beschäftigte nach Bonn. Gerade die tagtägliche Beschäftigung mit den schwierigen technischen und wissenschaftlichen Fragen der Nutzung von Kernenergie läßt immer mehr der Angestellten die großen Gefahren der AKWs erkennen.

### Was hat es tatsächlich mit der „Sicherung von Arbeitsplätzen“ durch die Verbindung von Kohle- und Kernenergie auf sich?

Die Energiekonzerne und die Gewerkschaftsführer verschweigen die Tatsachen. Schon heute arbeiten die meisten Kohle-

kraftwerke nur mit halber Kraft, weil kein Bedarf nach Energie in Form von Elektrizität vorhanden ist. VEW kann einen Gasabnahmevertrag mit den Niederlanden nicht erfüllen, weil das entsprechende Gas-kraftwerk ebenfalls nur mit halber Kraft läuft. Obwohl es für den Bau von Kohle-kraftwerken Genehmigungen gibt, z. B. in Ibbenbüren und Bergkamen, werden diese nur zögernd oder gar nicht gebaut. Schließlich spricht man davon, daß in den nächsten sieben Jahren Kohlekraftwerke mit einer Gesamtleistung von 15 000 MW veraltet sein sollen. Und für die Vergasung von Kohle mit Hilfe des Hochtemperaturreaktors soll zuerst Braunkohle verwendet werden, weil – nach den Berechnungen der Kapitalisten – vergaste Steinkohle nicht mit Erdöl konkurrieren kann. Der Einsatz von Kernenergie macht darüberhinaus den Einsatz weiterer Kohle wie Koks überflüssig. Gleichzeitig soll die Schichtleistung pro Bergarbeiter in den nächsten sieben Jahren von vier auf acht Tonnen erhöht werden, was weitere Arbeitsplatzvernichtung nach sich ziehen wird.

Aber in der Atomindustrie gibt es stattdessen neue Arbeitsplätze, so die Verfechter der Atomenergie. Doch tatsächlich werden dort viel weniger neue Arbeitsplätze geschaffen als alte vernichtet und desweiteren sind diese Arbeitsplätze mit großer Lebensgefahr und extrem schlechten Arbeitsbedingungen verbunden.

So heißt es in einem Bericht von H. Kiefer von der Gesellschaft für Kerntechnik in Karlsruhe im Zusammenhang mit der 6. Jahrestagung für Strahlenschutz: „Ein besonderes Problem stellt das mangelnde ‚Strahlenschutzbewußtsein‘ des Reparaturpersonals von Fremdfirmen bei kerntechnischen Anlagen dar. Strahlenschutzvorkenntnisse sind kaum vorhanden, so daß die meist kurze Belehrung vor Ort nicht ausreicht. Dies führt natürlich zu Zwischenfällen und relativ hohen Dosen, die ein vorzeitiges Auswechseln von Personal zur Folge haben.“ Hier wird deutlich, daß die Hauptbelastung die Schlosser, Elektriker, usw. zu tragen haben und daß eine feste Beschäftigung in den Atomanlagen wegen

der hohen Strahlenbelastung unmöglich ist. In der aktiven Zone zu arbeiten, das erfordert Schutzanzüge, die völlig luftdicht abgeschlossen sind. Beim Arbeiten darin entsteht ein Wärmestau, der zu Gewichtsverlusten von über 2 kg führen kann. Ein Vertreter der Atomindustrie dazu: „Störend macht sich in allen verwendeten Anzügen der Wärmestau bemerkbar, der nur ein bis zweistündiges Arbeiten zuläßt.“ Nimmt ein Arbeiter, der dies nicht mehr aushält, die Maske ab, so ist er sofort verseucht, weil er mit jedem Atemzug eine Menge radioaktiver Substanz einatmet. Derartige Unfälle sind z. B. in den USA schon sehr oft passiert. Auch in der BRD gab es bereits derartige Unfälle. In Gundremmingen war der Zeitdruck, hervorgerufen durch die hohe Strahlenbelastung an der Reparaturstelle, die Ursache für den tödlichen Unfall zweier Schlosser.

So wird klar, daß die Gewerkschaftsführer in keinsten Weise im Interesse der Arbeiter und Werktätigen sprechen, wenn sie von „Sicherung der Arbeitsplätze“ reden. Zunehmend beteiligen sich Gewerkschafter am aktiven Kampf gegen das mörderische Atomprogramm, so in Hamburg, Mainz, verschiedenen Städten in NRW und anderswo. Viele Gewerkschafter sind in Bürgerinitiativen organisiert. In gewerkschaftlichen Gremien und Gruppen und in Jugendgruppen gibt es heftige Diskussionen. Die Gewerkschaftsführer drohen Mitgliedern, die gegen die Atomkraftwerke auftreten, mit dem Gewerkschaftsausschluß. Eintrittskarten für die Veranstaltung in Dortmund am 10. November erhält man nur unter der Hand, weil die Gewerkschaftsbonzen Angst vor der geringsten Opposition auf diesem Kongreß haben. Am Donnerstag werden fortschrittliche Gewerkschafter aus der BRD, aus Holland und Frankreich zusammen mit Professor Jens Scheer eine Pressekonferenz durchführen. Sie werden den Nachweis darüber führen, daß die Aktivitäten der Gewerkschaftsführer nicht den Arbeitern und Werktätigen, sondern den Energiemagneten dienen!

**Weg mit  
der  
Verbotschöpfung gegen  
KBW, KPD,  
KPDML,  
KB**

**Organisationsfreiheit  
für die Arbeiterklasse!**

**Der Marxismus-Leninismus  
läßt sich nicht verbieten!**

**Kommt zum**

**ROTE FAHNE**  
Zentralorgan der Kassenlosen Partei Deutschlands (KPD)

**Lesetreff  
jeden Mittwoch 19:00**

**Fritz H. Linden**

Rote Fahne Freunde Kreis, 31. Januar 1978, 10. KJUD - Büro  
Gottfriedstr. 58